



Kantonsratssitzung 27. September 2021
Traktandum 8 Sozialbericht; Kenntnisnahme
Geschäftsnummer 0100.41
Eintretensvotum SP-Fraktion
Fraktionssprecherin Judith Egger, Speicher

Sehr geehrte Frau Kantonsratspräsidentin
Geschätzter Herr Landammann
Geschätzte Damen und Herren von Regierungs- und Kantonsrat

Der Weg zum heute vorliegenden Sozialbericht ist lange. Er beginnt 2006 mit einem Familienbericht und setzt sich im Mai 2011 mit dem Bericht zur „Förderung der finanziellen Verhältnisse der Familien im Kanton Appenzell Ausserrhoden“ fort. Mit einer Interpellation 2009 brachte die SP-Fraktion die Idee ins Spiel, die geplante Erhebung zur finanziellen Situation der Familien auf weitere armutsgefährdete Bevölkerungsgruppen auszuweiten. Schliesslich das Familienmonitoring und 2018, das Postulat zur Erstellung eines Berichts zur sozialen Lage der Bevölkerung.

Die SP-Fraktion hält den ersten Sozialbericht denn auch mit Befriedigung in Händen und bedankt sich bei den zuständigen Stellen der Verwaltung für ihre grosse Arbeit im Hintergrund. Der Sozialbericht ist umfassend und deckt mit viel Zahlenmaterial die wichtigsten Aspekte zur Beurteilung der sozialen Lage der Bevölkerung ab.

Auch wenn man als erste Reaktion versucht ist, die Zahlenlastigkeit zu kritisieren, so muss doch festgehalten werden, dass der Sozialbericht weitgehend den Erwägungen und dem Konzept folgt. Von diesem Konzept hat der Kantonsrat bekanntlich an seiner Sitzung vom 13./14. Mai 2019 zustimmend und ohne Kritik Kenntnis genommen und dem Regierungsrat grünes Licht gegeben. Allerdings hatte der Regierungsrat damals in seinem Bericht und Antrag eine politische Bewertung in Aussicht gestellt. Diese „erfolgt klar abgegrenzt als separates Resümee“. Und weiter hiess es im Bericht: „Ergänzend könnte in einem weiteren Kapitel D ein Fokusthema ausgewählt werden.“ Dass in einem ersten Bericht auf ein Fokusthema verzichtet wurde, ist für die SP-Fraktion nachvollziehbar. Dass eine politische Wertung fehlt, erachtet die SP-Fraktion aber als Mangel. Genau genommen, fehlt schon die Vorstufe zur politischen Bewertung, nämlich die Aufarbeitung der gewonnenen Daten. Das heisst: Es fehlen Verknüpfungen der Daten sowie entsprechende Interpretationen.

So erfahren wir etwa auf S. 38 in Bezug auf den Anteil der mit wirtschaftlicher Sozialhilfe unterstützten Haushalte, dass die Sozialhilfequote von unverheirateten Paaren ohne Kind mehr als sieben Mal höher ist als bei verheirateten Paaren ohne Kind. Das ist auffallend und interessant, lässt uns aber ohne Antwort oder Hypothese zurück. Es kann nicht Aufgabe eines Milizsystems sein, solche Verknüpfungen und Interpretationen zu leisten oder Hypothesen aufzustellen. Das hätte die SP-Fraktion von den Fachleuten der Firma LUSTAT Statistik Luzern erwartet.

Aufschlussreich sind die im Bericht enthaltenen Ergebnisse der Simulationen, die Schwelleneffekte in den Bereichen der bedarfsabhängigen Sozialleistungen und der wirtschaftlichen Sozialhilfe aufzeigen. Hier besteht nach Ansicht der SP-Fraktion sozialpolitischer Handlungsbedarf.

Was haben wir mit dem Sozialbericht gewonnen?

Die Leistung des vorliegenden Sozialberichtes besteht im Wesentlichen darin, dass vorhandene Daten zusammengeführt wurden. So wird „eine breitere und genauere Sicht auf die soziale Lage der

Bevölkerung in Appenzell Ausserrhoden möglich“. (Zitat aus dem Bericht und Antrag des Regierungsrates zum Konzept der Sozialberichterstattung.)

Allerdings wären für diese breitere, gesamtheitliche Sicht Schlussfolgerungen und Empfehlungen hilfreich, um nicht zu sagen erforderlich. Sie würden die Sozialberichterstattung wesentlich mehr zu dem machen, was sie bezweckt, nämlich allen politischen Instanzen und politischen Kräften, gerade auch uns Kantonsrätinnen und -räten, als Informationsinstrument und Entscheidungsgrundlage zu dienen, um frühzeitig Handlungsbedarf zu erkennen. Nicht zuletzt, um die finanziellen Mittel bedarfsgerecht und wirksam einzusetzen.

Gewonnen haben wir überdies die nicht neue Erkenntnis, dass Appenzell Ausserrhoden über wenig eigene Daten verfügt. Die SP-Fraktion beurteilt die Datenbasis als problematisch. Gerade das Fehlen der Daten der öffentlichen Statistik zu den Löhnen in Ausserrhoden muss thematisiert werden.

Enttäuscht ist die SP-Fraktion über den Entscheid des Regierungsrates, auf eine periodische Berichterstattung zu verzichten. Mit Blick auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis argumentiert der Regierungsrat, dass genügend Instrumente zur Erkennung von sozialpolitischen Handlungsfeldern bestünden, und nennt als Beispiel die Sozialhilfestatistik. Aber auch in dieser fehlen Analysen und Gewichtungen von Daten.

Die SP-Fraktion fragt sich ausserdem, welche weiteren Instrumente gemeint sind? Vor allem, welche Instrumente bzw. Grundlagen, die dem Kantonsrat zur Verfügung stehen. Der jährliche Monitoringbericht (ecopol) etwa wurde Ende 2016 eingestellt. Dieser hatte seit 2010 umfangreiches und wertvolles Datenmaterial zu den Bereichen Wirtschaft, Bevölkerung, Lebensraum und öffentliche Haushalte geliefert.

Es ist unbestritten, dass erst durch eine periodische Berichterstattung Vergleichbarkeit über einen bestimmten Zeitraum entsteht, so dass Entwicklungen sichtbar gemacht und frühzeitig erkannt werden können.

Die SP-Fraktion wünscht sich klar eine periodische Berichterstattung und betrachtet den vorliegenden Sozialbericht als ersten Bericht, der weiterentwickelt werden kann.

Denkbar für künftig Sozialberichte sind:

- eine Aufbereitung von Daten im Sinne von Verknüpfungen und Interpretationen
- das Ziehen von Schlussfolgerungen
- und die Formulierung von Empfehlungen, wie dies etwa der Kanton Baselland macht
- und schliesslich die Ergänzung mit einem Fokusthema.

Und die SP-Fraktion möchte wissen, welche Schlussfolgerungen bzw. welchen Handlungsbedarf der Regierungsrat aus dem Bericht zieht und wie er diese dem Kantonsrat bekanntmachen will.

Eine Integration der wichtigsten Kennzahlen des Sozialberichtes in den Gesundheitsbericht, wie dies die Kommission Gesundheit und Soziales vorschlägt, lehnt die SP-Fraktion ab. Wir befürchten einen Qualitätsverlust in der Berichterstattung beider Bereiche.

Die SP-Fraktion nimmt vom Sozialbericht dankend Kenntnis und wird den Inhalt und mögliche Schlussfolgerungen an einer Strategiesitzung diskutieren. Zu einzelnen inhaltlichen Punkten meldet sich die Fraktion in der Detailberatung zu Wort.